

Die Kritik

1. EPAs sind Freihandelsabkommen zwischen sehr ungleichen Partnern

Als Gegenleistung für einen weiteren Zugang zu europäischen Märkten verlangt die EU in den EPA-Verhandlungen für europäische Unternehmen einen zollfreien Zugang zu über 90% der Märkte der AKP-Staaten. Das mag auf den ersten Blick vernünftig erscheinen. Europäische Unternehmen und Produzenten sind jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Größe, besserer Technologie und den Möglichkeiten eines hoch entwickelten Wirtschaftsystems in der Konkurrenz weit überlegen. Europäische Agrarproduzenten profitieren zudem noch von den europäischen Subventionen und internen Stützungen. Wenn die AKP-Staaten im Zuge der EPAs ihre Märkte für europäische Produkte öffnen, werden die einheimischen Produzenten nicht mit den Importen aus Europa konkurrieren können. Für viele wird dies höchstwahrscheinlich mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlage verbunden sein.

2. Die EU benutzt EPAs zur Durchsetzung ihrer eigenen Handelsziele

Die EPA-Verhandlungen werden von der EU missbraucht, um weitere Themen wie Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Auftragswesen, die die AKP-Staaten zusammen mit andere Entwicklungsländern bereits in der Welthandelsorganisation (WTO) abgelehnt hatten, wieder neu auf den Verhandlungstisch zu bringen. Ein solches Beispiel sind die Verhandlungen über Investitionsabkommen. Die AKP-Staaten lehnen weitere Liberalisierungen in diesen Bereichen ab, da Zugeständnisse in diesen Bereichen zwar ihren politischen Handlungsspielraum einschränken würden, andererseits aber keine wirklichen Vorteile für ihre Volkswirtschaften bringen würden.

3. Der Verhandlungsprozess ist intransparent und undemokratisch

Die EU hat weit größere Verhandlungskapazitäten, währenddessen die AKP-Staaten weder die nötige Zeit noch die nötige Expertise oder die benötigten Finanzen besitzen, um die Verhandlungen informiert zu verfolgen und die langfristigen Konsequenzen weiterer Liberalisierungsschritte zu analysieren. Der EU zufolge seien die AKP-Staaten nicht verpflichtet, EPAs bis zum Jahresende zu unterschreiben. Tatsächlich hat die EU es aber bis heute versäumt, konkreten handelspolitische Alternativen vorzuschlagen worden, die sicherstellen, dass die AKP-Staaten, die kein EPA unterzeichnen, am Ende nicht schlechter dastehen als im Moment. Aufgrund der regionalen Zusammensetzung der AKP-Verhandlungsgruppen ist bedenklich, dass die Verhandlungsführer in den Regionalsekretariaten in den Verhandlungen mit der EU nicht unbedingt die Positionen der eigenen Mitgliedsstaaten repräsentieren.

Eigene Studie der EU-Kommission meldet Zweifel an

Die europäische Kommission hat im Jahr 2003 bei der Consulting-Firma PricewaterhouseCoopers eine Untersuchung über die möglichen Auswirkungen Folgen von EPAs für Westafrika in Auftrag gegeben, die zu dem Ergebnis kommt, dass ein westafrikanisches EPA:

- die Bedingungen für den Aufbau einer modernen westafrikanischen Industrie im Keim ersticken würde.
- den Export der bisherigen Agrarprodukte z.T. erheblich reduzieren würde und
- zu regionalen Auseinandersetzungen und Konflikten über den Umgang mit natürlichen Ressourcen führen könnte.

Warum also nicht beim den alten Handelsverträgen bleiben?

Die EU betont immer wieder, dass das frühere Lomé-Abkommen nicht mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) vereinbar ist und deshalb neu verhandelt werden muss. Das ist zwar technisch richtig, beweist aber, dass nicht das Lomé-Abkommen, sondern die entwicklungspolitisch kontraproduktiven WTO Regeln die Ursache des Problems sind.

Obwohl es in der WTO grundsätzlich möglich ist, ärmeren Ländern die Möglichkeit zu Ausnahmeregelungen gegenüber reichen Staaten einzuräumen, gilt dies gerade bei regionalen Freihandelsabkommen wie den EPAs nicht. Deshalb sollten die EU und AKP-Staaten sich zusammenschließen, um die Regeln für regionalen Handelsverträge bei der WTO neu zu verhandeln und entwicklungspolitisch sinnvoll zu gestalten.

Bisher haben sich 164 Netzwerke und Organisationen aus Afrika, der Karibik, dem Pazifik (AKP) und der EU der internationalen StopEPA-Kampagne angeschlossen. Die Kampagne folgt einer Initiative des Africa Trade Network, das EPAs in ihrer gegenwärtigen Form ablehnt und sich für wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Alternativen einsetzt.

Die Position der Zivilgesellschaft

Im April 2003 traf sich in Brüssel eine kleine Gruppe von Vertretern von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich in Europa und den AKP-Ländern für wirtschaftliche Gerechtigkeit einsetzen und die EPA-Verhandlungen mit wachsender Sorge beobachteten. Die Vertreter der versammelten Organisationen stellten fest,

- dass die EPA-Verhandlungen über Freihandelsabkommen wesentlich von den Eigeninteressen europäischer Konzerne und von Wirtschaftseliten in den AKP-Staaten getragen werden.
- dass die Folgen der EPAs für die Mehrzahl der Bevölkerung in den AKP-Staaten bestenfalls ungewiss, im schlimmsten Fall aber extrem schädlich sein werden.
- dass die EPA-Verhandlungen, damals wie heute, von der Öffentlichkeit in Europa oder in den AKP-Staaten weder verfolgt noch debattiert werden können.

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 in Afrika und in Europa gestartet. Die beteiligten Organisationen schlossen die gemeinsame Kampagnenerklärung mit dem folgenden Aufruf:

Wir fordern, dass eine handelspolitische Zusammenarbeit zwischen EU und AKP-Staaten:

- auf der Grundlage des Prinzips der Nicht-Gegenseitigkeit aufbaut, wie sie im Allgemeinen Präferenzsystem und den Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer innerhalb der WTO festgelegt sind
- die lokalen und regionalen Produzenten in den AKP-Staaten geschützt werden.
- die Forderungen der EU nach Liberalisierung von Handel und Investitionen zurücknimmt
- den AKP-Staaten einen ausreichenden politischen Handlungsspielraum gewährt und sie bei der Umsetzung ihrer eigenen Entwicklungsstrategien unterstützt.

Im März 2006 trafen sich die zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen der StopEPA-Kampagne aus Europa und Afrika in Harare und veröffentlichten einen globalen Aktionsaufruf, um EPAs zu stoppen. Im November 2006 schließlich beschlossen europäischen Gruppen in Amsterdam, ihre gemeinsamen Anstrengungen zum Stopp unfairer Handelsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 - dem Jahr des offiziell angestrebten Abschlusses der Verhandlungen - zu koordinieren und zu intensivieren. Daraus entstand das formlose Bündnis epa2007, das zivilgesellschaftlichen Protest in Europa und vielen Ländern Afrikas koordiniert.